

Pöfener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 149.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 1. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 27. Februar. Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche Augsburg. Konfession in Straßburg vollzogenen Ernennungen des Pfarrers Michael Kottel in Günsbach im Bez. Ober-Elsass zum dritten Pfarrer an der Kirche St. Nicolai in Straßburg, und des Pfarrers Karl Ludwig Spindler Wingen im Bezirk Unter-Elsass zum zweiten Pfarrer in Weigenburg bestätigt.

Die Verlegung des Rechtsanwalts und Notars Zenthöfer von Ratibor nach Insterburg ist auf dessen Antrag zurückgenommen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Mailin, 27. Februar. Die Ritterschaft beriet heute über den von dem Verfassungskomitee am 24. d. erstatteten Bericht und beschloß mit 110 gegen 82 Stimmen den erwähnten Verfassungsentwurf der ritterschaftlichen Majorität anzunehmen. In der Plenarversammlung wurde sodann beschlossen, den Comitébericht mit den darauf gefaßten Beschlüssen den landesherrlichen Kommissarien mitzutheilen. (Sgl. den Artikel Mailin in dieser Nummer.)

Wien, 27. Februar. [Prozeß Ofenheim.] Die Geschworenen erschienen um 6 Uhr im Saale. Der Obmann Voelz puktirt den Wahrspruch der Geschworenen, dahin lautend: Die ersten drei Fragen wurden mit 3 Stimmen bejaht, mit 9 verneint, die vierte Frage mit 2 Stimmen bejaht, mit 10 verneint, die fünfte Frage wurde einstimmig verneint, die sechste Frage wurde mit 1 Stimme bejaht, mit 11 verneint, die siebente Frage mit 5 Stimmen bejaht, mit 7 verneint, die achte wurde einstimmig verneint, die neunte Frage wurde mit 2 Stimmen bejaht, mit 10 verneint. Ofenheim ist somit freigesprochen.

Bern, 27. Februar. Die hiesigen Mitglieder der römisch-katholischen Kirche haben sich als besondere Gemeinde konstituiert und die Wahl eines eigenen Kirchengemeinderaths vorgenommen.

Paris, 27. Februar. Heute fand im Palais Elysée der Empfang des spanischen Gesandten, Marquis de Molins statt. Der Gesandte hob in seiner Ansprache an den Marschall Mac Mahon hervor, daß er auf dem Auftrag sei, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien aufrecht zu erhalten und, wenn möglich, fester zu knüpfen. Die französische und die spanische Nation seien zwar durch die Pyrenäen getrennt, aber durch die Verwandtschaft der Abstammung und der Sprache brüderlich geeinigt. Der Gesandte gab am Schluß seiner Rede der persönlichen Dankbarkeit des Königs Alfons für die ihm in Frankreich zu Theil gewordene Gastfreundschaft Ausdruck. Der Marschall Mac Mahon sprach in seiner Antwort seine lebhaften Wünsche für das Gedeihen und den Frieden Spaniens aus.

Paris, 28. Februar. Das Gesetz über die Organisation der öffentlichen Gewalten und das Senatsgesetz sind heute durch das „Journal officiel“ publiziert worden. — Der Präsident Buffet hat die Nachricht hierher gelangen lassen, daß er Montag oder Dienstag in Versailles eintreffen wird. In Betreff der Uebernahme der neuen Kabinettsbildung hat der Präsident Buffet bis jetzt weder die Annahme des ihm gewordenen Antrags erklärt, noch auch eine Ablehnung desselben ausgesprochen. — Die Neuwahl des Bureaus der Nationalversammlung wird neueren Nachrichten zufolge voraussichtlich nicht verlagert, sondern in der morgenden Sitzung vorgenommen werden. Alle Gruppen der Nationalversammlung mit Ausnahme der äußersten Rechten und der Bonapartisten werden der „Agence Havas“ zufolge für die Präsidentschaft Buffet's stimmen.

Versailles, 27. Februar. Die Fraktion der Linken wollen, dem Vernehmen der „Agence Havas“ zufolge, einem Ministerium, dessen Mitglieder nicht der Majorität entnommen werden, ihre Unterstützung versagen. Falls bei der bevorstehenden Neuwahl des Präsidiums der Nationalversammlung Dufaure die Kandidatur ablehnen sollte, beabsichtigt die gesamte Linke Casimir Perier für die Präsidentschaft vorzuschlagen.

Madrid, 28. Februar. Der König hat heute die Gesandten Englands und Schwedens empfangen. — Nach hier eingegangenen amtlichen Meldungen haben die Karlisten in einer Stärke von 5 Bataillonen und 5 Geschützen einen Angriff auf die Stellungen der Regierungstruppen am Mont Avril bei Puente nuevo (unweit Bilbao) gemacht. Der Angriff fand am 26. d. Morgens statt. Sieben Bataillone mit 12 Geschützen unter Anführung des Karlistenchefs Berri gingen gegen die Positionen der Regierungstruppen bei Puente nuevo und Arboloncha auf dem rechten Ufer des Nervion vor. Die Positionen mußten von den Regierungstruppen drei Mal aufgegeben werden, blieben aber schließlich nach einem hartnäckigen Kampfe im Besitze derselben. Das Geschütz wurde erst gegen Abend eingestellt. Die Karlisten zogen sich auf Echevari zurück, das sie erst in der Nacht erreichten. Sie haben beträchtliche Verluste erlitten. Die Garnison von Bilbao hat 150 Mann verloren. Roma hat Verstärkungen nach Bilbao geschickt.

Bayonne, 28. Februar. Nach hierher gelangten Nachrichten treffen die Karlisten unter Führung Lizaraga's umfassende Vorbereitungen zu einem Angriff auf die Stadt Bayonne. Sie verlangen die Übergabe des Platzes und drohen im Falle der Verweigerung derselben und der Einnahme der Stadt mit der Einküderung. Alle Verbindungen nach außen sind abgeschnitten.

London, 27. Februar. Im Oberhause wurde gestern der Gesetzentwurf betreffend die Erfindungspatente in zweiter Lesung angenommen.

Die Bark „Bella Hill“, von Liverpool nach Valparaiso bestimmt, hat bei Baldrigan in Irland (nördlich von Dublin) Schiffbruch gelitten, wobei 24 Personen umgekommen sind.

Petersburg, 28. Februar. Der Adjunkt im Ministerium des Aeußern, Wirl. Geh. Rath v. Westmann, ist vorgestern auf einer Soirée beim Großfürsten Thronfolger von einem Schlaganfall betroffen worden. Die Funktionen desselben sind dem Geheimrath Strimourow übertragen worden.

Staatskatholiken.

Wie uns mitgetheilt wird, fand am Sonnabend Mittag im Abgeordnetenhaus zu Berlin eine vom Abg. Hauke veranlagte Besprechung von nicht zum Zentrum gehörigen katholischen Mitgliedern des Hauses über die Frage statt, welche Stellung dieselben gegenüber der neuesten päpstlichen Kundgebung und dem Verhalten der Zentrumsparthei zu dieser Kundgebung einzunehmen gedenken. Die anwesenden Herren einigten sich über folgenden Protest, welcher uns mit der Bitte, denselben abzuordnen, zugeht:

Angesichts der päpstlichen Encyclica vom 5. Februar 1875 halten sich die unterzeichneten katholischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu nachstehender Erklärung für verpflichtet. Wir beitreten auf das Entschiedenste, daß die kirchenpolitischen Gesetze des Deutschen Reichs und des Preussischen Staates „die göttliche Verfassung der Kirche vollständig umfassen und die unverletzlichen Gerechtsame der Bischöfe gänzlich vernichten“ und protestiren feierlich: 1) gegen alle, die Autorität, die Verfassung und die Erbkönig des Staates gefährdenden, in dem päpstlichen Erlasse ausgeprochenen Prinzipien, insbesondere 2) gegen die Verletzung des Papstes, auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommene Staatsgesetze für ungültig zu erklären. — Wir sind vielmehr der Ueberzeugung, daß die Lehre der katholischen Kirche jedem Katholiken ausdrücklich gebietet, auf verfassungsmäßige Weise zu Stande gekommene Staatsgesetze als vollständig und rechtsverbindlich anzuerkennen und ihnen Gehorsam zu leisten. Indem wir hiermit unsere Stellung zur päpstlichen Encyclica vom 5. Februar 1875 klarlegen und rückhaltlos die Kompetenz des Staates zum Erlass der kirchenpolitischen Gesetze, sowie deren verfassungsmäßige Wirksamkeit anerkennen, fordern wir alle gleichgesinnten patriotischen Katholiken auf, diesem unserem Proteste zuzustimmen, um dadurch die Gemeinsamkeit mit allen denjenigen Katholiken auszuschließen, welche den Eingriff der päpstlichen Kurie in das Gebiet der Staatsgewalt für berechtigt halten.

Berlin, 27. Februar 1875.
Allnoch. Graf Arco. Bischoff (Gr. Streblitz). Braun (Waldburg). Doms. Hauke. Moschner. Söramm. Stusche. Werner.

Die etwa beabsichtigten zustimmenden Zuschriften aus dem Volke werden am zweckmäßigsten wohl an das Bureau des Abgeordnetenhauses gerichtet werden, von wo aus sie den betreffenden Abgeordneten zugesandt werden können. — Der Abg. Hauke, welcher den Protest veranlagte, ist Staatsanwalt in Luckau, seit 1870 Abgeordneter, Staatskatholik und Mitunterzeichner der bekannten Adresse des Herzogs von Ratibor (freikonserv.). Allnoch, Freischoltzei und Gutsbesitzer in Belgitz bei Reisse, seit 1852 Mitglied des Abgeordnetenhauses, gehört der Fortschrittspartei, Graf Arco, Rittergutsbesitzer zu Gr. Gorz, gewählt in Ratibor, der freikonservativen, Bischoff, Kommerzienrath zu Danzig, der nationalliberalen Partei an. Doms ist Kommerzienrath in Ratibor, Mojschner, Kreisgerichtsrath in Striegau (nat.-lib.), Söramm Bürgermeister in Ratibor, Mitglied des Hauses seit 1870 (nat.-lib.), Stusche, Bürgermeister zu Glas (freikonservativ) und Werner, Kreisgerichtsdirektor in Demmin, bekennt sich zu den Altkatholiken und zur nat.-lib. Partei.

Der konservative Hauch.

Die „Kreuzzeitung“ (Nr. 41) hat die Beobachtung gemacht, daß „ein konservativer Hauch durch das Land gehe.“ An diese Worte knüpft die gouvernementale „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Polemik:

Wir stimmen ihr in dieser Beobachtung bei; aber wir sind weit davon entfernt, ihre Beobachtung über die Richtung, von welcher dieser Hauch herkommt, bekräftigen zu können, und vermögen noch weniger ihre Meinung über die eventuelle Wirkung dieses Hauchs zu theilen. Schalen wir den Gedanken aus dem in Rede stehenden Artikel heraus, so kommen wir zu folgendem Resultat. Die Stärke des Liberalismus, d. h. sein Einfluß auf die Massen, bestand in seiner Oppositionsstellung; er reizte die Massen durch Kritik der bestehenden Einrichtungen und durch Verheißungen, welche er an seine Kritik knüpfte. Der Liberalismus ist in die Lage gekommen, die Gesetzgebung zu beeinflussen, und die unter seinem Einfluß zu Stande gekommenen Gesetze haben so viel Uebelstände in ihrem Gefolge gehabt, daß die Beifügung allgemein ist; folglich? — Nun, die „Kreuzzeitung“ hält mit ihren Hoffnungen jaghaft zurück; aus dem Zusammenhange aber ergibt sich, daß sie in dem konservativen Hauch den Sturm wittert, welcher die liberale Gesetzgebung entwurzeln soll; der konservative Hauch ist ihr der Vorbote der — Reaktion!

Wir unterwerfen uns der Meinung, daß sie die Zeichen der Zeit falsch deutet und deshalb auch nicht klar in die Zukunft blickt. Gewiß geht ein konservativer Hauch durch das Land; aber er entspringt nicht dem Mißvergnügen über die mancherlei Inkonvenienzen einer Gesetzgebung, welche, wie alles Menschenwerk, ihre Mängel hat, sondern aus dem Behagen an den Errungenschaften unserer nationalen Entwicklung und aus dem Verlangen, möglichst bald in ruhigen Besitz der gewonnenen Güter und in friedliche Uebung des geschaffenen Rechtszustandes zu treten. Aber weit entfernt, daß dieser konservative Hauch sich feindselig gegen den Einfluß lehrt, welchen der liberale Gedanke auf die Gesetzgebung ausübt, ist er, mit diesem vermischt, bereits selber in die Gesetzgebung eingedrungen. Nur die entscheidende Parteiverblendung, welche sich gegen die Wirklichkeit und den ständigen Kreislauf der Dinge abgeschlossen hat, kann sich dem Eindruck verschließen, daß das Verhalten der gesetzgebenden Faktoren, wie das Verhalten der Parteien zu einander in Folge des gemeinsamen Schaffens ein wesentlich verändertes bekommen ist und daß diese Veränderung, wie sie bereits gute Früchte getragen hat, auch die künftigen Ernten schätzen wird. Die nationale Einigung hat allen De-

nen, welche es mit der Wiedergeburt Deutschlands ernst und aufrichtig meinen, die Pflicht auferlegt, ihre politische Wirksamkeit auf das positive Schaffen zu richten und in demselben ihre Befriedigung und ihre Ehre zu suchen.

Es kann aber auf dem Gebiete der Gesetzgebung nichts geschaffen werden, wenn nicht die gesetzgebenden Faktoren ebenso wie die Parteien darauf verzichten, in ihrer Einseitigkeit zu verharren und jedem Gesetz den Parteikampf aufzudrücken. Man muß unter Aufopferung individueller Meinungen gemeinschaftliche Gesichtspunkte finden, und man findet sie immer, wenn die aus dem Bedürfnis des politischen Lebens entspringende Freude am Schaffen die sterile Freude an der Negation überwinden hat. Das aber ist der Sezen einer gemeinsamen Mitwirkung aller Parteien an der Gesetzgebung, daß sie nicht bloß die Schöpfungen des Parteigegensatzes abschleift und das Beständige für Rücksichten des wirklichen Regierens erschleicht, sondern auch für die Erhaltung des Geschaffenen das lebendige Interesse einflößt, welches jeder tüchtige Mann an der Schöpfung nimmt, zu der er beigetragen hat, und also auch die Nothwendigkeit einer kräftigen Staatsgewalt, unter deren Schutz das Geschaffene gestellt werden kann, erkennen läßt. Die Achtung vor der Monarchie ist daher mit unserer politischen Entwicklung gewachsen und das ist der konservative Hauch, welcher durch das Land geht.

Nur wer sich abseits der Entwicklung hält, kann Gedanken der Zerkürung hegen und sich nach der Ruhe sehnen, die aus dem Stillstand des Lebens entspringt; wer aber am Schaffen mithilft, will auch erhalten, und — nur der Lebende hat Recht.

Zur Lage in Frankreich.

o Aus Bordeaux, 25. Februar schreibt man uns:

Das Ereigniß des Tages ist: „la republique est faite!“

Die Republikaner schmettern ihre Siegesfanfaren in's Land und die Bonapartisten beuten die Koalition der Republikaner und Orlanisten aus, um der Bevölkerung schleunigst zu beweisen, daß diese Koalition das Vorbild einer orleanistischen Restauration sein wird, wenn sie nicht Alles aufbietet, um sich von diesem Unheil zu schützen. Natürlich ist die einzige Rettung bei den Bonapartisten zu suchen, deren Wahlspruch es ist: „Alles durch das Volk und alles für das Volk!“

Den Gaulois, eins der bonapartistischen Verborgane, läßt sich über die Abstimmung des Artikel 1 des Amendement Wallon folgendermaßen aus:

„261 Deputirte sind treu geblieben, dem monarchischen Mandat, welches sie von ihren Wählern im Februar 1871 empfangen haben, trennen dem Votum, wodurch sie die republikanische Diktatur des 4. September gebremst haben, trennen den patriotischen Gefühl, welche sie geleitet haben, an dem Tage, an welchem sie einen Präsidenten stürzten, welcher schuldig war seine Hand der radikalen Partei gereicht zu haben. Was die koalirten Republikaner und Orlanisten anlangt, so haben diese sachlich gewonnen. Wir wissen nicht, ob sie heute über ihren Sieg scham erfüllt sein werden, aber wir können behaupten, daß sie es gestern waren, darüber, daß sie diesen Kampf kampflos. Sie haben die Diskussion geschlossen. Die Lösung war gegeben worden und sie wurde peinlich genau befolgt. Niemand erhob sich von den Bänken der Linken und des rechten Centrums um das Projekt zu unterstützen, um zu versuchen, die Nothwendigkeit desselben zu beweisen. Vergebens wiederholten Raoul Duval im Namen des Prinzip des apoll au peuple, Castellane im Namen des rein parlamentarischen Prinzip, und Beide im Namen des gefunden Menschenverstandes, die schlagendsten Einwände, — die Redner der Linken und des rechten Centrums blieben schweigend auf ihren Bänken, fürchtend, daß sie durch ein unkluges Wort die schwachen Bande ihrer Eintrachts-Allianz zerreißen könnten.“

Die nationale Souveränität weiß heute, wo sie ihre einzigen Vertheidiger, ihre einzige Stütze hat. Morgen werden die Arbeiter in den Städten und auf dem Lande wissen, daß die Republikaner ihnen das Recht genommen haben, ihre Senatoren direkt zu ernennen, sie werden wissen, daß die republikanische Partei der National-Verammlung, um das Wohlgefallen der Orlanisten zu buhlen, indem sie für ein Gesetz stimmte, welches ihre Bürger-Rechte mehr einschränkt, als das Gesetz vom 31. Mai traurigen Andenkens. Bei den allgemeinen Wahlen werden sie dessen eingedenk sein, daß ist unsere feste Ueberzeugung, unser höchstes Hoffen.“

Man sieht, es fehlt den Bonapartisten nicht an Geschick gut zu operieren. Selbst ihren ungünstigen Umständen verstehen sie zu ihrem Vortheil auszunutzen. Wahrlich gefürchtet muß die Fronde sein, wenn, um ihr ein Paroli zu bieten, es nöthig ist, daß die Gegenpartei all ihre Traditionen opfert, und sich nicht scheut, eine Allianz mit der eigenen Feindin einzugehen, um das republikanische Prinzip zu retten.

Brief- und Zeitungsberichte.

—hr— Berlin, 28. Februar. Der diesjährige Entwurf der Provinzialordnung enthält im Vergleiche zum vorjährigen mehrere Momente, welche auf stark konservative Einflüsse schließen lassen. Daß dieselben im Ministerium des Innern an Macht gewonnen, ging aus den beiden letzten Berathungen der Kommission hervor. Einerseits trat der Regierungskommissar sehr lebhaft für die einstweilige Beibehaltung der bestehenden „ständischen Kommunal-Verbände“ ein. Der Zustand, welcher darnach eintreten würde, wurde als unhaltbar geschildert; wichtige Interessen — wie das Landarmen-, Armen-, Taubstummen-Weesen — müssen darunter leiden, da es der Zukunft überlassen werden soll, die Auffassung der Kommunalthätigkeit durch die neuen Provinzialorgane langsam zu vollziehen. Es würde inmitte einer neuen modernen Organisation ein Stück mittelalterlich feudales Ständethum stehen bleiben. Mit Hilfe der ultramontanen Kommissionsmitglieder ging in erster Lesung die Regierungsvorlage durch, wahrscheinlich wird durch die zweite Lesung noch eine Aenderung herbeigeführt. — Noch einschneidender wirkte aber in der gestrigen Sitzung die Erklärung des Ministers des Innern, so bedeutende Umwälzungen auf dem Boden der Selbstverwaltung zugleich mit denen auf dem Regiminalverwaltung nicht vornehmen zu können, wie sonst sämtliche Kommissionsmitglieder wünschten. Die kgl. Staatsregie-

zung lege einen ganz entscheidenden Werth auf die Erhaltung der Bezirksregierung und des Regierungspräsidenten; sie könne beide nicht missen. Nach dieser Erklärung wird die Kommission ihr besonderes Augenmerk darauf richten, nichts in das Gesetz hineinbringen, wodurch die heutige Abgrenzung der Regierungsbezirke als eine dauernde hingestellt wird.

□ **Berlin, 28. Februar.** Die Sprache der hochoffiziösen Presse gegenüber der päpstlichen Encyclica läßt unbedingt darauf schließen, daß die Staatsregierung beabsichtigt, auf den Wegen, welche sie gegen die revolutionäre Annahme weiter zu betreten hat, — so drückt sich jüngst die „Provinzial-Korr.“ aus, einige neue Schritte zu thun. In der That hat sich, wie ich aus guter Quelle erfahre, das Staatsministerium bereits mit der Frage weiterer Maßregeln gegen die Ultramontanen beschäftigt. — Ob dazu auch die Absicht gehört, die italienische Regierung aufzufordern, dem preussischen Staate für die Beleidigungen des Papstes, welcher unter ihrem Schutze steht, Genugthuung zu verschaffen, kann ich nicht angeben. Die Behörde, „D. Allg. Corr.“, welche offiziöse Mittheilungen empfängt, behauptet es, und jedenfalls ist der Gedanke von der Art, daß er immerhin zur Diskussion ins Publikum geworfen werden kann, wenn auch nur, um den Ultramontanen die letzten Konsequenzen ihrer Agitation zu zeigen.

*) Obige Nachricht stimmt offenbar mit folgendem Berliner Telegramm überein, welches die „Köln. Ztg.“ in ihrer eben angelangten Nummer bringt:

„Im preussischen Staatsministerium schweben in diesem Augenblicke Verhandlungen über einen entscheidenden Schritt der Regierung gegenüber dem preussischen Episkopat bezüglich der letzten päpstlichen Encyclica. Es soll den Bischöfen eine unzweideutige Erklärung abgefordert werden, ob sie die Autorität des Staates durch den befohlenen Ungehorsam gegen die Gesetze geradezu verläugern wollen. In diesem Falle will man dann nicht an der Hand der Majestäts, sondern ausschließlich auf alle älteren Vorschriften mit aller Strenge gegen die Bischöfe vorgehen. Ueber die Formen, die Mittel und Wege, welche man zur Verwirklichung dieser Absicht einschlagen will, schweben noch die Verhandlungen.“

— Wie die „D. Allg. Corresp.“ meldet, hat sich Fürst Bismarck auf's Neue eine Erklärung zugezogen, außerdem läßt sein allgemeines Befinden zu wünschen übrig, so daß er sich in den letzten Tagen sehr angegriffen gefühlt hat. Ueber seine Abreise nach den lauenburgischen Gütern soll bis jetzt noch keine Disposition getroffen worden sein. — Ueber das Befinden des Abgeordneten Lasker geht der „Nat.-Ztg.“ unterm 27. v. M. folgende Mittheilung zu:

In der vergangenen Woche unterlag das Fieber Schwanlungen, wie sie beim Typhus häufig sind, ohne indeß je eine bedrohliche Höhe zu erreichen. Auch die Störungen des Bewußtseins waren weder ungewöhnlich intensiv, noch erstreckten sie sich über sehr große Zeitschnitte hin. Wenn bei der voraussichtlich noch langen Dauer der Krankheit schwere Gefahren keineswegs ausgeschlossen sind, so hat man doch Grund, mit dem bisherigen Verlaufe zufrieden zu sein.

— Auf Grund der früher gemeldeten Voruntersuchung hat die Königl. Staatsanwaltschaft gegen den Redakteur der „Kreuz-Ztg.“ v. Rathenius-Ludow die Anklage wegen Beleidigung des Evangelischen Oberkirchenraths und wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit, die durch Veröffentlichung des bekannten Artikels eines „Unions-Theologen“ begangen, erhoben. Der Termin zur öffentlichen Verhandlung ist auf Sonnabend, den 20. März, vor der 7. Kriminal-Deputation des Königl. Stadtgerichts, bestehend aus den Herren Reichle, Ossowski und Giersch de Rège, angesetzt worden.

— Der „St.-Anz.“ Nr. 50 publicirt die Verordnung, betreffend die Ausübung der Befugnis zur Dispensation von Eheschindernissen, vom 24. Februar 1875, wonach die Dispensation vom geschlichen Alter der Ehemündigkeit, vom Verbote der Ehe zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen und seinem Mittheilhaber, sowie von dem Verbote, nach welchem Frauen vor Ablauf des zehnten Monats seit Beendigung ihrer früheren Ehe eine weitere Ehe nicht schließen dürfen, der Justizminister erteilt.

— Ueber die Lehrmittel der Seminaristen und die Verhütung der Staatsfuge zur Vervollständigung derselben ist, seitens des Unterrichtsministers Dr. Falk ein Reskript ergangen, welches sich eingehend mit den leitenden Grundsätzen bei der Aufstellung des Staats für die Unterrichtsbedürfnisse der Seminare beschäftigt. Wir entnehmen dem Reskript folgende allgemeine Bemerkungen:

Das Lehrmittel-Verfahren eines Seminars muß über den engen Kreis dessen, was im Unterrichtsbetriebe der Anstalt selbst unentbehrlich ist, hinaus erweitert werden und bei aller dringenden gebotenen Sparamkeit doch nur aus guten, sorgfältig gearbeiteten Exemplaren bestehen. Es dürfen dabei aber die Grenzen der Volks- und Mittelschule nicht überschritten und es muß sorgfältig vermieden werden, die Seminare zu Versuchsfeldern und Museen für alle neu aufkommenden Lehrmethoden und Lehrmittel zu machen. Neben den eigentlichen Lehrmitteln und den Lehrgeräthen bedarf das Schullehrer-Seminar einer guten Bibliothek für die Seminarlehrer, die Seminaristen und thätlich auch für die Seminarschüler; die Sorge für eine ausreichende, gut gewählte Lehrbibliothek ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung des Unterrichtszweckes der Anstalt selbst. Endlich ist bei Feststellung der Bedürfnisse für den Unterrichtsbetrieb der Seminare zu beachten, daß diese auch die Aufgabe haben, Ration und Organismus zu bilden. Ein guter Vorrath musikalischer Werke der anerkannten Meister wird die Anstalt vor dem Einbringen werthloser Sachen und vor einseitiger Bevorzugung der eigenen Compositionen des Seminar-Musiklehrers schützen. Mit Rücksicht auf diese mannigfachen Bedürfnisse hat sich der Herr Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß — abgesehen von den wenigen Fällen, wo ein höherer Betrag bereits früher als notwendig anerkannt worden ist, oder wo die besondere, etwa ultramontane Einrichtung des Seminars einen solchen rechtfertigt, für besser ausgestattete Seminare ein jährlicher Betrag von 750 Mark, für andere ein solcher von 900 Mark zur Ergänzung einer Instandhaltung der Lehrmittel fortan in dem Etat der Anstalt angelegt werde. Der angesetzte Betrag darf indeß unter keinen Umständen überschritten werden und es kommt deshalb vor Allem darauf an, eine zweckmäßige Verwendung dieses Betrages sicher zu stellen. Das Reskript erteilt auch hierüber die nöthigen Anweisungen.

— Im landwirthschaftlichen Ministerium ist der Entwurf zu einer allgemeinen Jagdordnung ausgearbeitet und den Bezirksregierungen zur autschlichen Auserkung übersendet worden. Nach diesem Entwurf baßt das Jagdrecht wie bisher auf dem Grundeigenthum, aber ein selbständiges Jagdrecht hat erst der Grundbesitz von mindestens 80 Hektaren (1 Hektare gleich beinahe 4 Morgen) Größe. Es wird mithin die bisherige Minimalgröße eines Jagdreviers um eine geringe Fläche überschritten. Einen selbständigen Jagdbezirk bilden ferner alle dauernd und vollständig eingefriedigten Grundstücke. Die zu bildenden gemeinschaftlichen Jagdbezirke müssen mindestens einen Umfang von 150 Hektaren in zusammenhängendem Areal haben. Größere gemeinschaftliche Jagdbezirke können getheilt werden, jedoch nicht in Abschnitte unter 300 Hektaren. Auf Waldkassen kann der Besitzer des umschließenden, jedoch mindestens 300 Hektaren großen Waldes ein Jagdrecht geltend machen in dem Falle, daß die Enklave, vorausgesetzt, daß sie die Größe eines selbständigen Jagdbezirks besitzt, sich in

so unregelmäßigen langgestreckten Grenzen hinzieht, daß in derselben die Jagd ohne erhebliche Beeinträchtigung des Besitzers des umliegenden Waldes nicht ausgeübt werden kann. Der Preis des Jagdscheins soll auf 10 M. erhöht werden. Sonst bleiben für den Jagdschein im Wesentlichen dieselben Bedingungen, wie die jetzt geltenden bestehen. Auch die Bestimmungen über die Strafgebühren werden nicht wesentlich verändert. Erleidet durch die neue Jagdordnung die bisherigen selbstständigen Jagdreviere oder Jagdbezirke, auf welchen die Jagd verpachtet ist, eine Veränderung, so treten die zur Zeit bestehenden Pachterträge von selbst außer Kraft. Alle dem neuen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

München, 25. Februar. Wie die „A. A. Z.“ hört, ist in dem Befinden des Königs in so ferne eine Verschlimmerung eingetreten, als die katarthale Affektion des Kehlkopfes in den letzten Tagen sich gesteigert hat.

Lippstadt, 26. Februar. Der Landrath des Kreises Lippstadt, Frhr. v. Schorlemer, hat, wie die „B. Br. Z.“ hört, aus Gesundheitsrücksichten seine Pensionierung nachgesucht. Auch hat derselbe seine Entlassung als Mitglied des Provinzial-Landtags genommen.

Malsin, 26. Februar. In der Landtagssitzung vom 24. Februar kam der Bericht der Verfassungskommission zur Verhandlung. Die ritterschaftlichen Mitglieder proponiren darin eine Verfassungsvorlage folgenden Inhalts:

§ 1. Fortbestand von Ritter- und Landschaft in ihrer ganzen inneren und äußeren Organisation. — § 2. Für die Verordnungen von Ritter- und Landschaft bleibt das Virellumrecht und die itio in partes. — § 3. Die Zustimmung von Ritter- und Landschaft ist erforderlich bei der Gesetzgebung und bei Verfassungsänderungen. — § 4. Außerdem besteht für die gemeinsame Gesetzgebung ein Abgeordnetenhaus aus Abgeordneten der Ritterschaft, der Landschaft, der Stadtvertretungen und der Landgemeinden. — Die §§ 5-8 enthalten Bestimmungen über die Organisation der Stadtvertretungen und der Landgemeinden; ferner über die Reservation der Ämter für Ritter- und Landschaft resp. die berechtigten Mitglieder u. — § 9. Das Abgeordnetenhaus besteht aus 117 Mitgliedern, davon 96 aus Mecklenburg-Schwerin, und zwar 40 aus der Ritterschaft, 18 aus der Landschaft, 13 aus den Stadtvertretungen, 25 aus den Landgemeinden; auf Mecklenburg-Strelitz kommen 21 Abgeordnete, 9 aus der Ritterschaft, 4 aus der Landschaft, 3 aus den Stadtvertretungen, 5 aus den Landgemeinden. Eine itio in partes findet im Abgeordnetenhause nicht statt.

Auf Grund dieses Proposendums wurde in der heutigen Sitzung von der Landschaft beschlossen, weitere Verhandlungen in der Verfassungssache abzulehnen. Die Ritterschaft beschloß, den von der Majorität der ritterschaftlichen Mitglieder des Komitee ausgearbeiteten Entwurf, nach welchem die bisherigen Stände als politische Korporationen neben einer gewählten Volksvertretung aufrecht erhalten bleiben sollen, einer weiteren Verabredung zu Grunde zu legen. Von mehreren Mitgliedern der Ritterschaft wurden Vermittlungsvorschläge eingebracht.

Münster, 21. Februar. Der Bischof von Münster hat, wie der „B. Br. Z.“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die Weisung erhalten, sich beim Kreisgericht in Warendorf einzufinden, um eine Gefängnisstrafe von 40 Tagen, welche einer ihm auferlegten und bis jetzt unbezahlt gebliebenen Geldstrafe substituiert war, abzuschließen.

München, 27. Febr. Der Redakteur der „Neuen freien Volkszeitung“, Joseph Forster, wurde heute vom Schwurgerichte wegen Beleidigung des Kaisers Wilhelm in contumacia zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten, der bekannte Schriftsteller Dr. Julius Lang wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt. — Ueber die bereits früher erwähnte Verurtheilung des Dr. Sigl wird folgendes Nähere gemeldet:

Der Redakteur des „Vaterland“, Dr. Sigl, war wegen drei Vergehen verurtheilt worden: Beleidigung des Reichskanzlers vom biesigen Schwurgericht am 30. November v. J. in contumacia zu 10 Monaten Gefängnis, Trägung der Kosten verurtheilt worden, hat hiergegen jedoch Einspruch erhoben, in Folge dessen die Anklage nochmals verhandelt werden mußte. Die Anklage ist gegen drei Artikel in den Nummern 159, 165 und 173 des „Vaterlands“ gerichtet, in welchen das fassende Attentat in der schon früher näher erwähnten Weise — als ob dasselbe nur eine vom Reichskanzler in Scene gesetzte „Komödie“ gewesen sei u. s. w. besprochen wird. Die Anklage wurde von dem Staatsanwalt Freiherrn v. Leonrad in eben so ausführlicher als trefflicher, durchaus objektiver Weise geführt, während der Angeklagte und sein Verteidiger, der Rechtsanwalt Thurmair von Freising (liberal) die Anklage nach Thunlichkeit zu entkräften versuchten. Einen Erfolg hatte dies Alles aber nicht, denn die Geschworenen haben nach einstündiger Verabredung die drei Hauptaufgaben bejaht, die milder lautenden Unterfragen aber verneint. Die Staatsanwaltschaft beantragte hierauf, den Dr. Sigl wegen drei Vergehen der verläumdlichen Beleidigung des Reichskanzlers zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten und Tragung aller Kosten zu verurtheilen und dem Reichskanzler die Berechtigung einzuräumen, das Urtheil im „Vaterland“ zu veröffentlichen; zugleich wird beantragt, die zu Gerichtshänden gelangten Exemplare des Blattes zu vernichten. Der Verteidiger beantragte dagegen nur ein fortgesetztes Vergehen der Beleidigung anzunehmen und auf 2 Monate Gefängnis zu erkennen. Dr. Sigl, der nochmals das Wort nahm, aber alsbald von dem Präsidenten mit dem Vermerken unterbrochen wurde, daß eine Kritik des Wahrspruches der Geschworenen nicht zulässig sei, hat mit jütender Stimme um ein mildes Urtheil. Durch dasselbe wird Dr. Sigl wegen drei Vergehen der verläumdlichen Beleidigung des Reichskanzlers zu 10 Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten verurtheilt, dem Reichskanzler die Befugnis zur Veröffentlichung des Urtheils im „Vaterland“ zugesprochen und die Vernichtung der in Gerichtshand befindlichen betreffenden Nummern dieses Blattes angeordnet.

Verfaßte, 25. Febr. [Nationalversammlung.] Die Bonapartisten suchen die Diskussion wieder in die Länge zu ziehen, um zu verhindern, daß noch heute Savary seinen Bericht über die Mörder-Angelegenheit (bonapartistische Verschwörung) zum Vortrag bringen kann, den er gestern im Auszug vortrug. Wie man erfährt, gibt derselbe zuerst einen Auszug der Auslagen wieder, welche der Polizei-Präsident vor dem Auszug gab; dieselben sind der Art, daß sie die Vertheilung der gerichtlichen Aktenstücke, welche bekanntlich der Justiz-Minister Teilhard verweigerte, nöthwendig macht. Nach dem Polizei-Präsidenten ist die bonapartistische Partei im Besitz einer mächtigen Organisation, die durch eine thätige und klug geführte Propaganda das Land buchstäblich umschleift und die Regierung in Schach halte. Je ernster diese Mittheilung gewesen, desto notwendiger war nach dem Bericht die Vorlage der Aktenstücke, und da sie der Justiz-Minister hartnäckig verweigert habe, so habe der Ausschuss beschlossen, die Kammer über ihren Streit mit demselben entscheiden zu lassen. Der Berichterstatter beleuchtet alsdann die Sache von dem gerichtlichen Standpunkte aus; er beweist, daß die Geheimhaltung des gerichtlichen Verfahrens allein von dem Richter abhängig sei, und konstatirt, daß die Befugnisse der von der Kammer ernannten Enquete-Ausschüsse nur durch ihren Willen beschränkt sind. Es sei unter allen Regimen so gewesen und müsse besonders heute so sein, wo die Versammlung mit der Souveränität beauftragt sei. Zum Schluß beantragt dann der Berichterstatter, die Versammlung möge befehlen, daß der Untersuchungs-Ausschuss Kenntniß von den das Komitee für die Verurteilung an das Volk betreffenden Aktenstücke erhalte. So die Hauptpunkte des Berichts. Vor der Sitzung verammelten sich der konstitutionelle Ausschuss, um über den von Wallon gestellten Artikel 3 zu beraten. Der-

selbe lautet wörtlich: „Der Präsident der Republik veröffentlicht die Gesetze, wenn sie von den beiden Kammern votirt worden sind. Er überwacht und sichert deren Ausführung. Er unterhandelt über die Verträge und ratifizirt sie. Kein Vertrag ist endgültig, wenn er nicht von den beiden Kammern gutgeheißen worden ist. Er hat das Recht der Begnadigung; die Amnestie kann nur durch ein Gesetz bewilligt werden. Er verfügt über die bewaffnete Gewalt. Er ernannt und entsetzt im Ministerrath den Präsidenten und die Mitglieder des Staatsraths. Er ernennt die nationalen Feierlichkeiten vor; die Gesandten und Boten der fremden Mächte werden bei ihm beglaubigt.“

Die Kommission hat einige Veränderungen an demselben angebracht. Sie ist der Ansicht, daß die Kraft des Gesetzes vom 24. März 1872 ernannten Staatsräthe bis nach Ablauf ihrer Gewalt nach den Bestimmungen dieses Gesetzes (also durch die Nationalversammlung) ihrer Stellen entsetzt werden können und daß nach der Auflösung der jetzigen Kammer die nach dem Gesetze ernannten Staatsräthe von dem Senat abhängig seien. Sie schlägt aber vor, daß diese Sache durch ein späteres Gesetz geregelt werde. Nach der Öffnung der Sitzung reicht Hervé de Saisy (Rechte) einen Antrag ein, demzufolge die Kammer sich erst nach dem vollständigen Votum des Armeegesetzes und der Herstellung des Gleichgewichts im Budget trennen soll. Hervé de Saisy verlangt die Dringlichkeit, die aber nicht bewilligt wird.

Paris, Berichterstatter des konstitutionellen Ausschusses, erhält nun das Wort. Er theilt zuerst die beiden Amendements (das von Wallon und ein Gegenamendment von Gaslonde) mit, über die er zu beraten hatte, und kündigt an, daß der Ausschuss das Amendement Wallon mit den oben erwähnten Änderungen annehme.

Raoul Dubal will, daß die Regierung ihre Meinung sage. Raoudot (Rechte) verlangt, daß die Diskussion auf morgen vertagt werde, und der Handelsminister erklärt, daß die Regierung die Diskussion der Kommission annehme. Der Präsident will nun abstimmen lassen, aber Raoudot besteht darauf, daß man über seinen Antrag betreffend der Vertagung auch morgen abstimmen lasse. Nach einer längeren verwirrten Diskussion kommt es darüber zur Abstimmung, aber die Vertagung wird verworfen, worauf Wallon erklärt, daß er den Antrag des Ausschusses annehme, der aus seinem Amendement zwei Artikel gemacht. Man schreitet nun zur Abstimmung und die beiden neuen Artikel (3 und 4) werden, der letztere mit 437 gegen 2 Stimmen, angenommen. Die ehemaligen Artikel 3 und 6 wurden bereits gestern votirt. Nach der Verwerfung eines weiteren Amendements von d'Aboville (Rechte) kommt man zum Art. 7 (Sitz der Regierung in Versailles). Kein Redner ist eingeschrieben. Raoul Dubal verlangt die namentliche Abstimmung. Der Präsident verweigert es unter dem Vorfall der Unken, da derselbe auf keinen Widerstand stoßen sei. Der Art. 7 wird hierauf durch Stimmenzählen und Rathes angenommen. Ueber Art. 8 erhält der Marquis de Francueil das Wort. Derselbe sagt aber nur einiges Unbedeutende, worauf Paris (Berichterstatter) erklärt, daß Art. 8 nicht mehr notwendig sei. Nachdem Bente (Bonapartist) noch ein Amendement gestellt, welches aber verworfen wird, erhält de la Rochette das Wort, um im Namen der Rechten folgende Erklärung vorzutragen:

Meine Herren! In dem Augenblicke, wo Sie durch ein f. u. m. Zusammenreffen die Republik vom 24. Februar wiederherstellen werden, ist es meine Pflicht, auf diese Tribüne zu kommen, um in dem Namen meiner Freunde und dem meinigen vor Ihnen folgende Erklärung abzugeben. Wir sind tief überzeugt, daß Sie unser Land verberben, indem Sie nicht den König an die Spitze Ihrer politischen Institutionen stellen, und daß Sie ohne den König nur vergebliche und gefährliche Werke schaffen werden. Wenn Sie der Republik die Organe gegeben haben werden, die Sie als wesentlich betrachten, sind wir gleichfalls überzeugt, daß wir einem schrecklichen Kampfe auszuweichen werden zwischen der radikalen Republik und der Republik, welche sich für konservativ hält. Da wir Monarchisten gesehen haben, welche den Ueberzeugungen ihres ganzen Lebens entlagen, um die Republik überzugeben; da wir die Schwäche gesehen haben, die sich in noch höheren Regionen (Anspielung auf Mac Mahon) zeigte, so werden wir sicherlich weniger erkaunt sein, wenn wir die Republik, die sich heute konservativ nennen, zur radikalen Republik übergeben sehen werden. Wissen Sie übrigens nicht, daß in den Revolutionen der Sieg immer den Gewaltthätigsten angeht? Die Radikalen sind für sich die Gewaltthat, und sie haben auch die Logik. Sie sind die großen Logiker der französischen Revolution; alle übrigen sind unzufolge Revolutionäre. Meine Herren! Wenn wir heute nicht Ihr Votum über die Monarchie anrufen, so geschieht es, weil wir nicht die Unterstützung Ihres Willens haben würden, denn Sie hätten uns entlassen zu sein, wiederum neue Hinführungen und neuen Schmerzen herauszufordern. Seien Sie nicht erschauert, wenn wir Sie Gegner Ihrer republikanischen Organisation bleiben; wenn triumphiren, so überlassen wir Ihnen die furchtbare Verantwortlichkeit. Unsere Pflicht ist, uns Allem anzuschließen, was für unser Land gut ist, aber wir können uns Institutionen nicht anschließen, welche zum Ruin führen. Meine Herren! Unser Land ist sehr unglücklich; es hat Unglücksfälle erduldet, und es wird nicht die Republik sein, welche es erhebt; verlieren Sie zum wenigsten nicht die Erinnerung an unsere alte Monarchie. Heute ist sie allein unser Heil; früher, gläubig, Sie es mir, wird sie unsere Befreiung sein. Sie, jere Monarchie, ist es, welche Frankreich geschaffen und die acht Jahrhunderte ruhm- und ehrenvoll regiert hat. Sie ist es, welche 1814 und 1815 die Ruinen erhob, welche zwei feindliche Einmärsche uns hinterlassen hatten, und was sie in der Vergangenheit that, ist uns Birschaft für das, was sie in der Zukunft thun wird. Sie hat noch mehr gethan, meine Herren; sie hat uns diese Tribüne gab, von welcher herab wir die Ehre haben zu Ihnen zu sprechen und wo so viele große Redner sich herbeigekommen haben. Sie ist es, welche uns die Repräsentativ-Regierung und die Freiheit gab. Und wenn ein einziger unter Ihnen wagen sollte, hier zu kommen, um sie zu verdammen und in die Acht zu erklären, so hätten wir das Recht, zu sagen, daß er ein Unanfechtbarer ist, denn er würde sich einer Wohlthat bedienen, um sie gegen seinen Wohlthäter zu richten. Deshalb, m. H., werden wir nicht aufhören, Sie zu bitten, die Monarchie zurückzurufen. Wir werden nicht aufhören, Ihnen zu sagen, daß sie das Leben, die Ehre und das Glück Frankreichs ist! (Aushallender Lärm links.)

Tecquerville bestiegt die Tribüne, man versteht ihn aber nicht. Der Kriegsminister ergreift nun das Wort. Man hat von den Schwächen der Regierung gesprochen. (Rechts: Ja! Ja! Fürchterlicher Lärm. Der Minister sagt einige Worte, die sich aber im Lärm verlieren und flieht von der Tribüne herab.) Belcaire (äußerste Rechte) tritt auf die Tribüne. Er wirft der Nationalversammlung vor, ihrer Mission, die in der Wiederherstellung der Monarchie bestanden, treuen geworden zu sein. Nach vierjährigem Kampf organisierte die Versammlung, die so großen Widerwillen gegen die Republik fundat, die Republik, ohne zu wagen, das republikanische Erbe auszusprechen. Der Redner beschwört die irregulierten Royalisten, die Mission wieder aufzunehmen, die sie von der Vorsehung und dem Vaterland erhalten.

Paul Cottin will noch das Wort ergreifen, aber der Schluß der Debatte wird ausgerufen und zur Abstimmung über das ganze Gesetz geschritten. Das Resultat ist folgendes: Abstimme 698. Dagegen 436. Dagegen 262. Die Versammlung hat das konstitutionelle Gesetz mit 174 Stimmen Majorität angenommen. (Große Erregung.) Savary bestiegt nun die Tribüne, um seinen Bericht über die Nieder-Angelegenheit auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Man verlangt, daß derselbe sofort vorgetragen werde. Die Bonapartisten erheben Einspruch, aber derselbe wird nicht beachtet und Savary ergreift das Wort.

Sechstes Kongreß deutscher Landwirthe.

Berlin, 26. Februar.

V.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Kongreß zunächst mit der Wahl des Ortes für den nächsten Kongreß, welche schließlich

nach längerer Debatte dem Ausschuss überlassen wird. Die Versammlung tritt sodann in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Kontraktbruchfrage ist. Das Wort erhält zunächst der Referent Herr Wilmanus, Berlin:

Man muß bei Beurtheilung dieser Frage unterscheiden zwischen dem Gesinde und dem freien Arbeiter. Das Gesinde wird auf mündlichen oder schriftlichen Vertrag gemiethet, mitunter aber auch der freie Arbeiter, wenn derselbe aber einseitig von diesem Vertrage juristretre, so könne er in der Regel nicht gerichtlich gezwungen werden, diesen Vertrag zu erfüllen. Es bleibt nichts übrig, als einen langwierigen Zivilprozeß gegen den kontraktbrüchigen Arbeiter anzustellen, der im günstigsten Falle nach 3-6 Monaten erst entschieden wird. Günstiger sind die Vorschriften der Gesindeordnung. Stellt ein zum Gesinde gehöriger Arbeiter die Arbeit eigenmächtig ein, so kann die Lokalbehörde vorläufig und schlenig eine Entscheidung treffen. Und wenn dann eine Entscheidung des Gerichts vorliegt, welche den Arbeiter nach Monaten erst verurtheilt, wie ist dann die Vollstreckung möglich, wo kein Vermögensobjekt vorhanden? Dadurch werde die Ausführung der Strafe illusorisch, da die Arbeiter in der Regel vermögenslos seien. Offenbar steht fest, daß die jetzt gültigen Bestimmungen in dieser Frage unzulänglich sind und die Gesetzgebung selbst hat deshalb auch schon verurtheilt, hier Abhilfe zu schaffen. Bei dem freien Arbeiter ist der Arbeitgeber jetzt vollständig rechtlos; es darf der Arbeiter selbst bei einem bestehenden Vertragsverhältnis nur behaupten, daß die Herrschaft den Vertrag nicht gehalten und daß er deshalb davon zurücktrete, — so ist kein Richter oder Polizeibeamter in der Lage, ihn zur Innehaltung des Vertrages zu zwingen. Das ist die thatsächlich gelegte Lage in dieser Frage, und sie ist so wunderbar, daß man sich wundern muß, wie es möglich gewesen ist, so lange mit dieser gesetzlichen Bestimmung auszukommen. Die Reichsgesetzgebung habe auch diese Uebelstände bereits anerkannt und vor zwei Jahren dem Reichstage zwei derartige Gesetze vorgelegt, von denen das eine sich auf die Kontraktbrüche, das andere sich auf die landwirthschaftlichen Arbeiter bezog. Jene Gesetze kamen damals nicht zu Stande; in der nächsten Session sei nur das Gesetz für die Landarbeiter nicht — wie man aus Regierungskreisen hört, weil der Regierung keine Kundgebung aus dem deutschen Reich zugegangen, welche die Vorlegung gewünscht; für Preußen liehe aber das Verhältnis auf dem Lande noch viel günstiger, als dasjenige der Industrie, denn für die landwirthschaftlichen Arbeiter bestehe noch das Gesetz von 1844 zu Recht, während der industrielle Arbeiter unter der Gewerbeordnung rangire. Redner verweist sodann auf das neue im landwirthschaftlichen Ministerium ausgearbeitete Gesetz über die Kontraktbruchfrage, dessen Prinzipien, soweit bekannt, er zustimme. Um was es sich in der Straffrage namentlich handle, das sei der dolose, bewirkte Kontraktbruch. Er wolle durchaus nicht die Freiheit verkümmern; aber jede Freiheit setze voraus die Achtung vor dem Gesetze, sei dies nicht der Fall, so werde sie zur Gewalt. Er gebe zu, daß das Gesetz, welches man verlange, ein Ausnahmengesetz sei, aber bestehen denn nicht auch andere Ausnahmengesetze, wie z. B. das Kontraktgesetz. Der strafbare Eigennutz, um den es sich hier handle, müsse bestraft werden und der werde auch in allen Strafgesetzen bestraft. Gewerbe und Handel fordern auch Bestrafung des strafbaren Eigennutzes, der von dem Kapital durch fälschliche Brückenmanöver begangen werde. Redner stellt schließlich folgende Anträge:

I. Das landw. Gewerbe leidet darunter, daß die materiellen Rechtsvorschriften betreffs der Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Verbindung mit den geltenden Prozeßgesetzen keinen ausreichenden Schutz gegen böswilligen Vertragsbruch gewähren. II. Für die Reform, in so weit sie die Rechtsverhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, werden folgende Grundsätze empfohlen. A. Aus Gesinde- und Arbeitsverträgen ist die Klage auf Erfüllung zuzulassen, auch wenn sie nur mündlich geschlossen sind. B. Das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ist derart zu regeln, daß binnen kürzester Frist die Entscheidung herbeigeführt und vollstreckt werden kann. C. Arbeitgeber, welche unter bewußter Verletzung des Gesinde- oder Arbeitsvertrages die Arbeit einstellen oder verweigern, sind kriminalrechtlich zu strafen. D. Die Strafe ist zu verhängen: a) gegen diejenigen, welche Andere zum böswilligen Vertragsbruch verleiten; b) gegen diejenigen, welche an einer Vereinigung Mehrerer zum gemeinschaftlichen Vertragsbruche theilnehmen.

Correferent Witte-Vogdanow: Ich bin gegen das Kontraktbruchgesetz und bitte, um Ablehnung des Antrags des Referenten. Der Präsident theilt mit, daß Hr. v. Behr-Bandelin den Antrag gestellt habe, zu beschließen, das Reichskanzleramt zu ersuchen, durch die Gesetzgebung Arbeiter-Entlassungsscheine herbeizuführen zur Verhinderung des dolosen Kontraktbruchs.

Correferent Dr. Kruener-Großers ist für die Vorschläge des Referenten, welche er jedoch durch folgende Resolution zu ersetzen wünscht: 1) Der bewußte Kontraktbruch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie die Verletzung zu demselben ist kriminalrechtlich zu verfolgen. 2) Trotz der kriminalrechtlich erfolgten Bestrafung des Kontraktbrüchigen bleibt derselbe zivilrechtlich für den aus dem Vertragsbruche entstandenen Schaden verantwortlich. Die Kontraktbruchfrage ist durch die Reichsgesetzgebung zu regeln.

Hr. v. Zitzewitz stellt zu dem Antrage des Referenten folgendes Amendement: In Article II die Worte „daß binnen kürzester Frist die Entscheidung herbeigeführt und vollstreckt werden kann“, zu streichen und dafür zu setzen: „daß die vorläufige sofort vollstreckbare Entscheidung darüber den Ortspolizeibehörden übertragen wird.“ Schließlich wurden die Anträge der Herren Wilmanus, v. Zitzewitz u. mit großer Majorität angenommen. Der Präsident verkündet darauf das Resultat der Wahlen für den Ausschuss. Es sind gewählt die Herren Graf Redlig-Teichwiler, v. Rath, v. Bockel-Beckingsdorf, Seidler-Reutenloß, v. Dieck-Daher, Griepentier, S. Herth, Karlowa v. Lenthe, Nooß, Hr. v. Dr. Schumacher, v. Wedemeyer, Wilmanus, Hr. v. Borden zur Rabenau und Holz-Altmann. Präsident: Unsere Tagesordnung ist erschöpft. Lassen Sie uns den Kongress schließen mit dem Rufe: Unser Kaiser, er lebe hoch! Die Versammlung stimmt beifolgt in den Ruf ein.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 1. März.

r. Verkäufe. In neuerer Zeit wurden folgende kleinere Grundstücke in unserer Stadt verkauft: das den Hedischen Erben gehörige Grundstück, Breslauerstraße Nr. 1, für 9000 Thlr. an den Hutmacher Schulz; das zu derselben Nachlassmasse gehörige Grundstück, Ziegenstraße Nr. 28, für 5210 Thlr. an die Witerben Müller; das Schrägerische Grundstück, Bronnerstraße 22, für 5200 Thlr. an den Kaufmann Manasse; und eine Parzelle des Seidemann'schen Grundstücks an der Mühlentstraße für 5000 Thlr. an den Maurermeister Wille.

Ein Balkenbrand entstand Sonntag Nachmittags in dem Hause Nr. 38 Gerberstraße 38 dadurch, daß sich eine stark benutzte Feuerzange einigen Balken zu nahe befand. Die Hilfe der städtischen Feuerwehr wurde der Brand bald gelöscht.

z. Zutroschin. 28. Febr. (Mord. Handwerkerverein.) Zur Ergänzung des Referats bezüglich des in dem nahe Dorfe Bartoschewitz vorige Woche verübten Mordes sei mitgeteilt, daß am Sonnabend früh der Wirth Matthias Poprawa, welcher vor einem Jahre aus Drog. Distrikt Kamisch, angezogen, das Geschehen der That vor dem Distriktskommissarius Wiebig abgelegt hat, sodann erneute Handlungen vorgenommen wurden. Der Thäter soll die Handlung als Todtschlag darstellen wollen. Das Motiv der That möge eine Wahnung sein, beim Kauf von Wirthschaften mit Rücksicht auf Werte zu geben, um nicht Verpflichtungen einzugehen, deren Erfüllung später schwer, ja unter Umständen unmöglich wird, wie es hier der Fall ist, wo der Ertrag des kleinen Grundstücks nicht genügt, um den beim Kauf der Wirthschaft übernommenen Anstieg

in festgesetzter Weise gewähren zu können. Wie wir erfahren, hatte der Thäter in der Stube der Ermordeten Holz gehackt und bei dieser Gelegenheit die That verübt. — Gestern ist hier ein Handwerkerverein ins Leben getreten, 22 Personen traten demselben bei; doch ist Aussicht, daß die Zahl derselben sich mindestens verdoppeln wird.

(a) Stenschemo. 28. Februar. Am 26. d. ist auf der Chaussee von Stenschemo nach Gräs obnweit des Vorwerks Strölowo der Müllergeselle Joseph Wierzowski aus Slupca in Polen von zwei Strochen angefallen, in den Graben geworfen, gemißhandelt und seines Geldes im Betrage von 14 Thlr. beraubt worden. Es sind sofort von dem hiesigen Gendarm Waschkowski die umfassendsten Recherchen angestellt und vier verdächtige Personen, unter denen zwei namentlich die Arbeiter Wylz und Skwinski aus Stenschemo die Thäter zu sein scheinen, verhaftet und der hiesigen Polizeibehörde überliefert worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Petersburg.** 26. Februar. Die Regierung hat die Erlaubnis zum Transitwaarenverkehr aus Ostpreußen nach Galizien auf den Bahnen West-Gradowo und Kiew-West erteilt.

Vermischtes.

*** Drei Wasser.** In einem Vortrage über „Religions-Disputation im Mittelalter“, den Dr. phil. David dieser Tage im Saale des jüdisch-wissenschaftlichen Vereins „Beth Hamidrach“ in Wien hielt, sprach er von der Stellung der gelehrten Juden in Spanien im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert. Dabei zitierte der Redner das originelle Wort eines Königs Alfons: „Längst ist mir bekannt, daß dreierlei Wasser als verloren zu betrachten sind: das Wasser das man in den Wein gießt, das Wasser, das man ins Meer schüttet, und das Taufwasser an einem Juden!“

*** Franz List bestohlen.** Franz List ist dieser Tage in Pest von noch unermittelten Gaunern bestohlen worden. Das Verzeichniß der entwendeten Gegenstände ist nach einem Polizeibericht folgendes: 1) Ein auf einem silbernen Reifen ruhender goldener Vorbeerkranz mit holländischer Rundschrift; 2) ein silberner Krug-Geschenk der Stadt Leipzig; 3) ein goldener Krug mit deutscher Rundschrift; 4) verschiedene Krüge und Edelsteine aus dem Einband von Albums herausgebrochen; 5) ein goldenes Kreuz; 6) ein silberner Becher mit kunstvoller Eisenring; 7) silbernes Geschloß für zwölf Personen; 8) zwölf silberne Kaffeelöffel; 9) eine kostbare, mit Edelsteinen ausgelegte Nonstrang, Geschenk des Kardinals Scirovsky; 10) verschiedene Weißwaaren und sonstige Kleinigkeiten.

*** Bajaine in Röhren.** Ein sehr unangenehmes Abenteuer ist Bajaine in Santander widerfahren, wohn er sich begeben hatte, um seine dahin kommende Schwiegermutter in Empfang zu nehmen. Die in Santander angelegenen Franzosen, zu denen sich eine Anzahl von Spaniern gesellt hatte, zogen vor das Hotel, woselbst Bajaine absteigte, unter Vortragung eines Banners, worauf ein Marschallsstab, gekreuzt mit einem Felsen, mit einer Galeeren-Sträflingefessel abgebildet war. Die Menge gerieth in die äußerste Wuth, als Bajaine sich am Fenster zeigte. Sie schrie ihm zu: „Verräther, nach Cayenne! nach Kamea!“ Vor diesem Hagel von Beschimpfungen mußte Bajaine sich zurückziehen; im höchsten Aerger zertrümmerte er alle Möbel, die sich im Zimmer befanden. Die Polizei machte endlich dem Straßen-Auftritt ein Ende. — So steht's im „Börsen-Courier.“

*** Spanisches.** Bisher ist noch nirgends erwähnt worden, daß gegenwärtig nicht weniger als vier lebende Königinnen von Spanien existiren; nur da, wo man nach gewöhnlicher Ansicht eigentlich eine suchen sollte, auf dem Throne von Spanien, sitzt keine, da der junge Alfons zum Heirathen doch noch etwas gar zu jung ist. Die übrigen vier aber sind: Königin Christine, die Wittve Ferdinand VI. lebt in Frankreich; Isabella, die kaiserliche Mutter von Alfons, lebt in Frankreich. Die Herzogin von Aosta, die Gattin des Erbprinzen von Savoyen, lebt in Italien und endlich die Gattin von Carl VII., der sich auch König von Spanien nennt, Aufenthalt unbekannt, wahrscheinlich irgendwo in der Pyrenäen dämlicher Gräben.

*** Distanzritt.** Ein Massenritt russischer Gardeoffiziere von St. Petersburg nach Wien beschäftigt die Sportwelt. Es handelt sich darum, auf einem Pferde die Distanz in spätestens 21 Tagen zurückzulegen, und der Sieger erhält eine Prämie von 75,000 Rubel. Die Theilnahme an der Wette wird eine ziemlich zahlreiche sein, und die Reiter hoffen rechtzeitig ihr Ziel zu erreichen, indem sie volles Vertrauen auf die arope Ausdauer ihrer donischen Pferde setzen. Die Ausdauer der Reiter muß jedoch auch eine recht respektable sein, wenn sie den Ritt ausbitten sollen.

Briefkasten.

v. S. auf G. Ganz einverstanden, und wenn Sie selbst die Sache behandeln wollen, sind wir gern bereit, Ihre Einsendungen aufzunehmen.

P. S. in F. Der Artikel mußte wegen Raum-mangel zurückgelegt werden, wird aber demnächst zum Abdruck kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angekommene Fremde vom 1. März

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Rybski aus Krampitz, die Kaufleute Poelsch aus Leipzig, Rothman aus Wöngrowitz, Rothmann aus Breslau.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Markas aus Binne, Frau Kuttner und Tochter, Kuttner, Stad und Gebr. Sokolowski aus Breslau, Auerbach aus Thorn, Fiedler aus Berlin, Wielcinski und Frau aus Strzallowo, Rappan aus Mielokow, Mühlenbesitzer Cohn aus Ruda.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute L. Spiegel aus Chemnitz, Flemming aus Hannover, Adolf Frey aus Berlin, A. Granje aus Stuttgart, Chennitz aus Linden, Otto Werner aus Schneberg, Ernst Schmidt aus Mülau.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Wasinski a. Stendowo. Gutsbesitzer Brodowski aus Potulice, Ingenieur Tomogowski a. Bieschen, Maurermeister Kleiner aus Remburg i. Schl., Oberlehrer Greiter aus Gnesen, Lehrer in Reuter aus Lda, Hotelier Tarczewski aus Stabomierz, die Kaufl. Poyelski u. Familie aus Berlin, Weip a. Ertitin.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorn. KRUG'S Gasthofbesitzer Fiedler aus Pöbrowitz, Landwirth Kozanin aus Nie-lawowo, Photograph Barl aus Danzig, Forts-Amts-Rand. Brauer a. Stenschemo, Handelsleute Remondowski aus Carne, Fabrikant Berger aus Wiskigierdorf, Besitzer Lange aus Arnswalde, die Kaufleute Marusz und Löwenthal aus Berlin.

Kabel-Telegramm von Newhork:

Newhork, den 25. Febr. 1875.
Das Hamburger Post-Dampfschiff der Adelerlinie: „Leffing“, Kapitän Lossbuh, welches am 12. Februar d. J. Hamburg verließ traf heute wohlbehalten hier ein.

Ankunft der Eisenbahnzüge.

1. November 1874.

Kreuz-Posen.				
Personenzug	Klasse 1-4.	4 Uhr 56 Minuten	Morgens.	
Gemischter Zug	1-4.	8	11	Borm.
Personenzug	1-3.	3	55	Nachm.
Gemischter Zug	2-4.	9	27	Abends

Breslau-Posen.

Personenzug	Klasse 1-4.	8 Uhr 39 Minuten	Borm.	
(von Bissa)	1-4.	11	4	Borm.
Personenzug	1-3.	3	39	Nachm.
Personenzug	1-4.	10	47	Abends.

Bromberg, Thorn-Posen.

Gemischter Zug	Klasse 1-4.	7 Uhr 29 Minuten	Borm.	
(von Gnesen)	1-4.	10	19	Borm.
Gemischter und	1-4.	3	24	Nachm.
Personenzug	1-4.	10	14	Abends.

Frankfurt a. O., Guben-Posen.

Personenzug	Klasse 1-4.	10 Uhr 25 Minuten	Borm.	
Personenzug	1-3.	2	12	Nachm.
Personenzug	1-3.	5	58	Nachm.
Personenzug	1-4.	10	52	Abends.

Abfahrt der Eisenbahnzüge.

1. November 1874.

Posen-Kreuz.				
Gemischter Zug	Klasse 2-4.	5 Uhr 45 Minuten	Morgens.	
Personenzug	1-3.	11	12	Borm.
Gemischter Zug	2-4.	6	55	Abends.
Personenzug	1-4.	11	31	Abends.

Posen-Breslau.

Personenzug	Klasse 1-4.	5 Uhr 4 Minuten	Morgens.	
Personenzug	1-3.	11	49	Borm.
Personenzug	1-4.	4	4	Nachm.
(nach Bissa)	1-4.	7	5	Abends.

Posen, Bromberg-Thorn.

Personenzug	Klasse 1-4.	5 Uhr 15 Minuten	Morgens.	
Gemischter Zug	1-4.	11	30	Borm.
Personen- und	1-3.	4	10	Nachm.
Gemischter Zug	(nach Gnesen)	1-4.	8	Abends.

Posen, Frankfurt-Guben.

Personenzug	Klasse 1-4.	5	Uhr 3	Minuten	Morgens.
Personenzug	, 1-3.	10	, 39	, ,	Vorm.
Personenzug	, 1-4.	3	, 59	, ,	Nachm.
Gemischter Zug					
(nach Bentzen)	, 2-4.	7	, 54	, ,	Abends.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau. 27. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Febr. 56, 00, pr. April-Mai 56, 40. Juni-Zuli —. Weizen pr. April-Mai 171, 00. Roggen pr. Februar 142, 00, pr. April-Mai 139, 50, pr. Mai-Juni —. Rübsöl pr. Februar —, pr. April-Mai 52, 00, pr. Mai-Juni 54, 00. pr. Sept.-Okt. 56, 50. Zink fest. Wetter: Trübe.

Köln. 27. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Weizen 56 1/2, hiesiger loco 20, 00, fremder loco 19, 55, pr. März 18, 70, pr. Mai 18, 35. Roggen fest, hiesiger loco 16, 00, pr. März 14, 50, pr. Mai 14, 22. Hafer loco 19, 50, pr. März 18, 50, pr. Mai 17, 40. Rübsöl besser, loco 29, 50, pr. Mai 28, 10, pr. Oktober 30, 60.

Bremen. 27. Februar, Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12 Mt. 50 Pf. ruhig.

Hamburg. 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine beh. Weizen 126-pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 181 B., 180 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 180 B., 179 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 181 B., 180 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 182 B., 181 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 148 B., 146 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 142 B., 141 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 141 B., 140 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 140 B., 139 G. Hafer und Gerste still. Rübsöl fest, loco u. pr. Februar 57, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56 1/2. Spiritus still, pr. Februar 44 1/2, pr. April-Mai und pr. Mai-Juni 45, pr. Juni-Juli pr. 100 l. 100 pSt. 45 1/2. Raffee fest, Umfang 1500 Sack. Petroleum rub., Standard white loco 12, 80 B., 12, 70 G., pr. Februar 12, 60 G., pr. Februar-März 12, 60 G., pr. August-Dezember 13, 00 G. — Wetter: Frost.

Paris. 27. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen beh. pr. Februar 24, 50, pr. März-April 24, 50, pr. Mai-August 25, 25, pr. Mai-Juni 24, 75. Roggen behauptet, pr. Febr. —, pr. März-April —, pr. Mai-August —. Weizen beh., pr. Februar 52, 25, pr. März-April 52, 50, pr. Mai-August 54, 00, pr. Mai-Juni 53, 00. Rübsöl fest, pr. Februar 74, 75, pr. März-April 75, 00, pr. Mai-August 76, 25, pr. September-Dezember 77, 75. Spiritus fest, pr. Februar 53, 75, pr. Mai-August 55, 00. — Wetter: —.

Amsterdam. 27. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt) (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftlos, pr. Mai 262. Roggen loco —, pr. März —, pr. Mai —, pr. Juli —, pr. Oktober —. Raps pr. Frühjahr — pr. Herbst —. Fl. Rübsöl loco —, pr. Mai —, pr. Herbst —.

Antwerpen. 27. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen unverändert. Oelfaß 18. Hafer stetig, Riga —. Gerste behauptet, Donau —. Weizen 23.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiss, loco 30 1/2 bez., 30 1/2 B., pr. Febr. — bez., pr. März 30 1/2 B., Sept. 34 1/2 B., pr. Sept.-Dez. 34 1/2 B., 34 1/2 B. ruhig.

London. 26. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 8100, Gerste 16,120, Hafer 38,700 Qrtts.

Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten stetig und ruhig. Hafer sehr fest. — Wetter: Milde.

Manchester. 26. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 9 1/2. 20r Water Micholls 11. 30r Water Galloway 12. 30r Water Clayton 13 1/2. 40r Mule Rayoll 12. 40r Medio Wilkinson 14. 36r Wapycop Qualität Rowland 13. 40r Double Weston 13 1/2. 60r Double Weston 16. Printers 1/16, 1/16, 1/16, 1/16. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Glasgow. 26. Februar. Kohlen. Mixed numbers warrants 74 Sch. 9 d.

Liverpool. 27. Februar, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfang 18,000 B., davon für Spekulation und Export 7000 Ballen. Besser. Amerikanische Verschiffungen 1/2 a 1/2 höher.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikan 7 1/2, fair Dhollera 5 1/2, middl. fair Dhollera 4 1/2, good middling Dhollera 4 1/2, middl. Dhollera 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Liverpool. 2. Februar, Vormittags. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umfang 15,000 Ballen. Stramm. Amerikanische Verschiffungen 1/2 theurer. Tagesimport 8000 B. amerikanische.

